

Universität Mannheim · LS für VWL, Politische Ökonomie
L 7, 3 - 5 · D-68131 Mannheim

An die Redaktion
des Handelsblatts
– Leserbriefe –
Kasernenstraße 67

40213 DÜSSELDORF

Besucheradresse:

L 7, 3 - 5
D-68131 Mannheim
Telefon +49(0)621-181-1816
Telefax +49(0)621-181-1814
vaubel@uni-mannheim.de

Sekretariat:

Telefon: +49(0)621-181-1815
vaubel.uni-mannheim.de

Mannheim, 06.05.2009

•
Leserbrief

Der Artikel "Provinziell, von gestern, falsch" (HB 05.05.09) über den Aufruf der 83 VWL-Professoren enthält eine Reihe von sachlichen Fehlern und Missverständnissen.

1. Die Unterschriftenaktion wurde nicht nur von Renate Ohr und mir, sondern auch von Norbert Berthold und Viktor Vanberg initiiert. Wir sind international orientierte Ökonomen.
2. Der Aufruf behauptet nicht, dass sich die Ökonomen "zu viel mit Mathematik beschäftigen". Das Wort Mathematik kommt in dem Text überhaupt nicht vor. Wir wenden uns vielmehr dagegen, dass die empirische Beschäftigung mit Problemen der Wirtschaftspolitik durch logische Übungen verdrängt wird und noch weiter verdrängt werden soll. In der empirischen wirtschaftspolitischen Forschung wird die Mathematik in Form der Ökonometrie dringend benötigt. Martin Hellwig hat völlig recht, "dass die quantitative empirische Arbeit in der wirtschaftspolitischen Diskussion wie an der Universität eine zu geringe Rolle spielt". Wir verteidigen nicht, wie Bernd Fitzenberger zu glauben scheint, eine Lehre von der Wirtschaftspolitik, die "nur wenig empirisch und selten auf konkrete Probleme der Wirtschaftspolitik ausgerichtet ist".
3. Wir behaupten nicht, dass "die VWL heute weltfremd ist" oder "dass die Ökonomen heutzutage mit Fragen der aktuellen Wirtschaftspolitik nichts zu tun haben wollen". Wir wenden uns aber dagegen, dass sich die Ökonomen immer weniger mit Problemen der Wirtschaftspolitik beschäftigen.
4. Wir versuchen nicht, uns "von außen in die internen Angelegenheiten einer Fakultät einzumischen". Der Aufruf erwähnt keine bestimmte Fakultät und zielt auch nicht auf eine bestimmte Fakultät ab, sondern behandelt ein allgemeines – nicht nur deutsches – Problem.
5. Bei den von Ihnen genannten Nicht-Unterzeichnern handelt es sich fast ausschließlich um Personen, die von uns gar nicht angeschrieben wurden, denn es war uns nicht möglich, alle Kollegen zu kontaktieren. Zahlreiche jüngere Kollegen, die wir gefragt haben, schrieben uns, sie seien mit dem Aufruf inhaltlich voll einverstanden, aber sie würden ihn nicht unterzeichnen, weil sie befürchten müssten, deshalb bei künftigen Bewerbungen benachteiligt zu werden.

R. Vaubel